

M i l l a b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal



Ercheint täglich, ausgen. Sam- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; beim die Post bezogen im inner-
deutschen Bezugspreis monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf.
Stuttgarter Str. 16 bei der Druckerei Pariser-Verlag, Wildbad.
— Postamt: Enztalbot & Co., Wildbad.
— Postfach: Enztalbot & Co., Wildbad.
— Postfach: Enztalbot & Co., Wildbad.

Angeliepene: Die einpaltige Beilage über deren Raum im Blatt
Grundsatz 15 Pf., außerhalb 30 Pf. — Beilage 30 Pf.
Haben nach Tarif. Für Offerten und bei Anfertigung werden
jeweils 10 Pf. nicht berechnet. — Schluss der Anfertigung
täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn ge-
richtliche Beibringung notwendig wird, fällt jede Nachlassnahme weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Starnstraße 237.

Nummer 167 Freitag 179 Donnerstag den 21. Juli 1927 Freitag 179 62. Jahrgang

Staatspräsident Bazille über die Aufwertungsfrage

Beim Sommerfest der Ortsgruppe Stuttgart des Deutschen Rentnerbunds am 13. Juli hielt Staatspräsident Bazille folgende Rede:
Ich erlaube Ihnen den Gruß der württ. Regierung als Zeichen nicht nur andauernder Teilnahme an ihrem unerdienten Los, sondern auch der Teilnahme an den Bestrebungen auf Verringerung der Rentnergehegung, in deren Mittelpunkt das Aufwertungsgefech steht.

Um den Stand dieser Frage verstehen zu können, ist es notwendig, ihre historische Entwicklung zu betrachten. In der Inflationszeit standen die Gerichte lange auf dem Standpunkt: **Markt ist Markt**. Erst als die Papiermark völlig entwertet war, gingen sie an, diese Auffassung zu verlassen. Wenn es der deutschen Rechtsprechung versagt blieb, die Frage auf dem Weg gerichtlicher Urteile zu lösen, so liegt der Grund darin, daß die Verringerung der Rechtsprechung in die Zeit größter Entwertung des Gelds fiel. Denn diese Geldentwertung drohte zum Stillstand der wirtschaftlichen Tätigkeit überhaupt zu führen, so daß die Parlamente, an sich selbst nicht mehr glaubend, der Reichsregierung diktatorische Vollmacht gegeben haben.

Auf Grund dieser Vollmacht hat die damalige Reichsregierung, um Wirtschaft und Währung zu retten, Verordnungen erlassen, mit denen sie der Rechtsprechung in die Arme fiel; sie traf unter anderem Maßregeln, aus denen heraus sich die spätere Aufwertungsgehegung entwickelt hat. In einer Zeit, als alles noch unter den Schrecken der Inflation stand, hat man wenig erkannt, daß die Reichsregierung mit ihren Maßregeln weit über das Ziel hinausgeschossen hat. Sie hätte dieses Ziel auch erreichen können, ohne die Rechte der sogenannten Aufwertungsgläubiger nahezu zu vernichten. Je mehr man erkannte, daß diesen schweres Unrecht zugefügt war, desto mehr bemühten sich Parteien und Abgeordnete der Frage, so daß schon bei den Wahlen 1924 die Angelegenheit in der Wahlbewegung eine große Rolle spielte. Viele Abgeordnete fast aller Parteien verlangten eine Verringerung der erlassenen Maßregeln und Befreiung des den Gläubigern zugefügten Unrechts.

Es dauerte jedoch einige Zeit, bis der Gesetzgeber selbst sich mit der Angelegenheit beschäftigte. Zunächst galt es, die Fragen der äußeren Lage Deutschlands zu ordnen. Dies geschah im Herbst 1924 durch Abschluß des Londoner Vertrags. Nunmehr glaubte die Reichsregierung, mit dem Aufbau der Wirtschaft beginnen zu können. Einer der Gesichtspunkte, von denen sie ausging, war die Forderung, das Aufwertungsgeheg durch eine endgültige Lösung zur Ruhe zu bringen, um der Wirtschaft und den öffentlichen Finanzen klares Recht, Ruhe und Sicherheit zu verschaffen. So richtig dieses Ziel an sich war, so verfehlt war das Mittel, zu dem man griff. Man verteilte in den Grundrenten, sowohl bei den privaten, als bei den öffentlichen Schulden, Rechtsverhältnisse, die auf Jahrzehnte berechnet waren, auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit von 1925 zum Abschluß bringen zu wollen. Man verfiel dem weiteren, psychologisch eigentlich ganz unbegrifflichen Irrtum, daß man glaubte, es sei möglich, das Rechtsgefühl eines Volks durch ein Gesetz zu dauerndem Schweigen bringen zu können; man erkannte nicht, daß ohne ein solch lebendiges Rechtsgefühl des Volks ein Rechtsstaat ganz undenkbar ist. Ich habe gegen diese Irrtümer andauernd gekämpft in Besprechungen mit den damaligen Reichsministern und in Besprechungen im Reichstag, aber leider ohne Erfolg.

So kam es zu der verfehlten Gesetzgebung des Jahres 1925, die tatsächlich den Abschluß der Kämpfe so wenig gebracht hat, wie ihn das kleine Reformgesetz dieses Jahres bringen wird. Die schwere Beunruhigung des öffentlichen Lebens durch die Aufwertungsfrage wird erst zu hören, wenn zwischen Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit ein richtiges Verhältnis hergestellt ist.

Nach wie vor halte ich daran fest, daß der allein richtige Weg zur Lösung dieser Frage folgender ist: Bei den privaten Schulen muß eine durch Gesetz zu bestellende, in Abteilungen arbeitende Kommission eingesetzt werden, bestehend aus den fähigsten Richtern, Rechtsanwältinnen, Verwaltungsbeamten, Vertretern der Wirtschaft und der Aufwertungsverbände, die die Aufgabe haben, nachzuprüfen, ob und welche Änderungen an der bisherigen Gesetzgebung vorgenommen werden müssen, um Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit in ein richtiges Verhältnis zueinander zu bringen. Nur eine solche Kommission ist nach meiner Überzeugung in der Lage, allen Teilen gerecht werdende Grundätze dem Gesetzgeber vorzuschlagen. Bei den öffentlichen Anteilen halte ich daran fest, daß der **Altbesitz in Goldwert anerkannt** werden muß, und daß die öffentlichen Verbände: Reich, Länder, Gemeinden usw. so viel Zinsen zahlen müssen, als ihnen möglich ist. Solange sie nicht allen ihren Gläubigern Zins bezahlen können, muß eine **Vorzugszinszahlung** für die verarmten Gläubiger eingeführt werden. In der Richtung dieser Auffassungen bin ich ununterbrochen auch in diesem Jahr mit Nachdruck tätig gewesen, nur ist es mir leider bis jetzt nicht gelungen, eine Mehrheit für diese Gedanken zu gewinnen. Ich werde aber nicht aufhören, in diesem Sinn tätig zu sein.
In allen Parteien sind Abgeordnete, die mit dem Auf-

Tagesspiegel

In Preußen ist für die gesamte Staatsverwaltung die 24-Stundenzählung eingeführt worden.

Der deutsch-japanische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag ist heute in Tokio unterzeichnet worden. In Bezug auf Niederlassung, Ausübung der Gewerbe, Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Vermögen, auf die Besteuerung, die Zölle usw. gewähren die vertragschließenden Staaten einander das Recht der Meistbegünstigung, in einzelnen Fällen auch die Gleichstellung mit den Inländern.

Der in Rumänien für den unmündigen König Michael I. eingeführte Regentenschaftsrat wurde bereits vereidigt. Der Rat besteht aus dem Prinzen Nikolaus (Oheim des jungen Königs), dem Patriarchen Miron Krizia und dem ersten Präsidenten des Kassationsgerichtshofs, Buzdugan. Das Heer leistete den Eid. Die Beisehung des Königs wird voraussichtlich am Samstag nachmittags in Kurtea de Arges erfolgen, wo auch König Karol und die Königin Elisabeth (Carmen Sylva) ruhen.

Werrungsrecht nicht einverstanden sind, sie haben für die Gesetzgebung von 1925 nur deshalb gestimmt, weil sie glaubten, daß der Rücktritt der damaligen Regierung zu einem Chaos für Deutschland führen werde. Wenn Abgeordnete vor den Wahlen Versprechungen gemacht haben, die nicht eingehalten wurden, so darf man nicht von absichtlicher Täuschung der Wähler reden, diese Abgeordneten waren vielmehr bei Abgabe ihrer Versprechen überzeugt davon, sie halten zu können. Sie konnten nicht voraussehen, mit welchen anderen Fragen die Aufwertungsfrage verquickt werde, glaubten auch teilweise, daß Wirtschaft und öffentliche Finanzen so, wie die Verhältnisse sich entwickelt hatten, nicht mehr ertragen als schließlich ins Gesetz aufgenommen worden ist. Niemand dachte damals daran, daß die Wirtschaft sich schneller und besser erholen werde.

Eine gewisse Presse wird nicht müde, die Sache so darzustellen, als sei es der württ. Regierung mit ihrer Haltung nicht ernst. Wie ernst es der württ. Regierung mit ihrer Haltung ist, geht nicht nur daraus hervor, daß sie im Reichsrat den förmlichen Einspruch gegen das Aufwertungsgefech eingelegt hat, sondern vor allem aus folgender, bisher nicht bekannter Tatsache. Nach Erlassung der Aufwertungsgefeche suchte die damalige Reichsregierung eine Vereinbarung der Landesregierungen dahin zustande zu bringen, daß sie sich verpflichteten, auf dem Verwaltungsweg dafür zu sorgen, daß den Gemeinden bei Ablösung ihrer Anleihen die Freiheit höherer Aufwertung genommen werde. Diesem Plan stimmten diejenigen Regierungen, in denen die Sozialdemokratie vertreten ist, zu. Er scheiterte lediglich an dem Widerspruch der württ. Regierung, die von ihrem Standpunkt trotz vielfacher Einwirkungen nicht abging. Wenn die württ. Städte ihre Anleihen erheblich höher aufwerten, so ist es im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die württ. Regierung ihre Zustimmung zu jenem Plan versagte.

Nun wird von einer gewissen Presse immer wieder behauptet, ich persönlich hätte bei maßgebenden Abstimmungen im Reichstag gefehlt oder hätte die Anträge der württ. Regierung nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten lassen. Wenn durch meine Abstimmung im Reichstag oder durch Reden im Reichstag oder Reichsrat irgend welche positiven Ergebnisse sich erzielen lassen, so hätte ich gewiß weder als Abstimmender noch als Redner gefehlt. Bei jenen Anschuldigungen rechnet man damit, daß die Wähler nicht wissen, wie die Dinge vor sich gehen. Wer sie kennt, weiß genau, daß keine Rede im Reichstag die Kraft hat, die vorher in den Fraktionszimmern festgestellte Abstimmung zu ändern, und jedermann kennt auch im Reichstag und Reichsrat die Haltung, die die württ. Regierung von allem Anfang an eingenommen hat. Nichts ist in Wahrheit von uns unterlassen worden, was zu einer besseren Gesetzgebung hätte führen können. Was man glaubt, als Unterlassungen bezeichnen zu können, waren Dinge, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz ungeeignet waren, den Reichsrat oder Reichstag zu einer anderen Haltung zu bringen.

Ich werde nach wie vor für eine grundsätzliche Reform der Aufwertungsgehegung kämpfen, darauf können sich die Aufwertungsgläubiger verlassen. Die Aufwertungsfrage ist für mich keine Angelegenheit der Wahllegation, sondern eine Frage von höchster politischer Bedeutung. Ich kämpfe für eine gerechte Lösung, aber nicht nur deshalb, weil ich nicht glauben kann, daß der deutsche Staat wieder zu seinem Recht in der Welt kommt, solange er dem eigenen Volk sein Recht nicht gibt, sondern auch deshalb, weil mir das Los der Entrechteten Herzenssache ist, weil ich das Unrecht überall bekämpfe, wo ich es antreffe.

Neue Nachrichten

Die Lage in Wien

Wien, 20. Juli. Die Ruhe ist in Wien gestern nicht mehr gestört worden, der Verkehr nimmt mehr und mehr den gewöhnlichen Verlauf. Die Besonnenheit kehrt zurück,

nachdem die schlimmsten Aufrührer verhaftet oder geflüchtet sind, viele der Schuldigen, namentlich Ausländer, halten sich verborgen. Die Bundesregierung und das Polizeipräsidium sind vollkommen Herr der Lage, während Bürgermeister Seitz versagt hat. Er glaubte, durch seine persönliche Autorität den Aufruhr dämpfen zu können, mußte es aber erleben, daß er von der Masse verhöhnt und beinahe mißhandelt wurde, als er mit einigen sozialistischen Gemeinderäten der Feuerwehr den Weg zum brennenden Justizpalast bahnen wollte. Dr. Seitz stand eine Weile kreidebleich der wütenden Menge gegenüber und mußte sich dann schleunigst entfernen. Fast alle Blätter schreiben übereinstimmend, es sei nicht richtig, daß der Freispruch in dem Prozeß von Schattendorf durch das Schwurgericht, in dem sozialistische Arbeiter als Geschworene saßen, die Katastrophe veranlaßt habe. Er sei vielmehr nur der Funke gewesen, der ein längst gefälltes Pulverfaß getroffen habe. Mutlos und unentschlossen haben sich die bürgerlichen Parteien benommen, dagegen sei die Haltung des Bundeskanzlers Dr. Seipel bewunderungswürdig, der sich durch nichts einschüchtern ließ, auch nicht durch einen Ueberfall des Robs auf seinen Kraftwagen, und der dadurch die bedingungslose Kapitulation der Streikleitung erzwungen habe.

Der Hauptverband österreichischer Architekten schlug vor, bezüglich des Wiederaufbaus des Justizpalastes einen Wettbewerb auszusprechen. Dr. Seipel und der Handelsminister haben laut WTB zugestimmt, doch soll es noch unentschieden sein, ob das Justizgebäude an die alte Stelle kommt. Die Morgenblätter sprechen davon, daß der Schmerlingplatz umgestaltet und ein öffentlicher Park an der Stelle des Justizpalastes angelegt werden solle.

Die Zahl der Todesopfer erhöhte sich auf 99, da im Lauf des gestrigen Tags 12 Schwerverletzte gestorben sind. Es muß damit gerechnet werden, daß auch diese Ziffer noch eine Erhöhung erfahren wird. Die Zahl der Verwundeten wird jetzt auf 1000 angegeben. Anlässlich der heutigen Trauerfeier für 60 Opfer wird zwischen 2 Uhr und 2.15 Uhr die Arbeit in allen Betrieben ruhen. Die Straßenbahn und Eisenbahn wird jedoch weiter fahren. Die gefallenen 30 Schupfleute werden am Donnerstag gemeinsam beerdigt.

Die mit Trauerand erschienenen sozialistische „Arbeiterzeitung“ schreibt: „Am Grab der Toten geloben wir nicht Veröhnung, sondern leidenschaftlichen Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Welt.“
Die Dr. Seipel nahestehende christlich-soziale „Reichspost“ sagt: „Die Sozialdemokratie zeigt ein Doppelgesicht. Mit dem einen Gesicht sorgt sie sich um die Verhinderung des Bürgerkriegs und um den Bestand der Republik, mit dem andern zeigt sie haßvolle Leidenschaft und bolschewistisches Träumen.“

In einer Vertrauensmännerversammlung der christlichen Gewerkschaften kam eine sehr scharfe Stimmung gegen die sozialdemokratischen und die freien Gewerkschaften und eine warme Verteidigung der Haltung der Regierung und der Polizei zum Ausdruck. Der Schattendorfer Spruch sei kein Klassenurteil gewesen, weil die Geschworenen zum großen Teil Arbeiter waren. In einer Entschließung wurde von einem Mißbrauch der Gewerkschaften durch den Generalstreik gesprochen und die Auflösung der Gemeindefeldwachse und Bestrafung der Schuldigen an Streik gefordert. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten richtete an die Privatangestellten eine Aufforderung, „sich in ihren Gewerkschaften nicht länger an politischen Machenschaften mißbrauchen zu lassen“. Die Fronkämpfervereinigung versendet eine Erklärung, die in ähnlichem Sinn gehalten ist. Die niederösterreichische Landwirtschaftskammer hat die Bundesregierung in einer Kundgebung verurteilt, daß sie die gesamte Bauernschaft und das übrige Landoolk geschlossen hinter sich habe.

Der kommunistische Abgeordnete Bieda aus Berlin wurde ausgewiesen, da er ohne Passierschein nach Österreich gekommen ist.

Anlässlich der heutigen Beisehung der Todesopfer haben alle Schulgebäude, Amtshäuser, Wohlfahrtsanstalten usw. der Stadt Wien schwarz geklagt.

Die deutsche Studentenschaft gegen Minister Becker

Würzburg, 20. Juli. Nachdem der Rechtsausschuß der Deutschen Studentenschaft sich gegen die Verringerung der Würzburger Verfassung der Deutschen Studentenschaft im Sinn der vom preussischen Unterrichtsminister Becker geforderten international-demokratischen Richtlinien ausgesprochen hatte, wurde diese Verringerung von der Hauptversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorsitzende, cand. ing. Thon-Brünn (nicht Prag), erklärte, das Abweichen von der Würzburger Verfassung würde die österreichische Studentenschaft vor den Kopf stoßen und ihre weitere Beteiligung an der deutschen Studentenschaft in Frage stellen. Die österreichische Studentenschaft sei durchaus arisch-deutsch-völkisch und antisemitisch eingestellt und wolle es bleiben. Trotz des Kampfes, den Minister Becker gegen die völkische Studentenschaft entfesselt

habe, werde sich das völkische Prinzip behaupten. Die Versammlung nahm dann folgende gegen Dr. Becker gerichtete Entschließung an: „Der Studententag steht auf dem Standpunkt, daß der in der Würzburger Verfassung festgelegte großdeutsche Aufbau der Deutschen Studentenschaft die Grundlage der studentischen Gemeinschaft bildet. Der Zusammenschluß zur großdeutschen Studentenschaft ist nur möglich auf Grund des in der Würzburger Verfassung festgelegten föderalistischen Prinzips, nach dem alle auslandsdeutschen Studentenschaften ihre Zusammenlegung selbst regeln. Der Deutsche Studententag hält infolgedessen an der Würzburger Satzung unbedingt fest. Der Studententag stellt fest, daß diejenigen Stellen, die den Kampf der Studentenschaft für die Deutscherhaltung der auslandsdeutschen Hochschulen erschweren, ihr Verhalten selbst zu verantworten haben.“

Der Haushaltsplan der Deutschen Studentenschaft wurde mit allen gegen 11 Stimmen angenommen. Er ist auf der Grundlage eines Beitrags von 75 Pfennig auf den Kopf aufgestellt, obgleich Minister Becker im vorigen Jahr für die preußischen Universitäten nur einen Beitrag von 60 Pfennig gestattet hatte. Die Gesamtausgaben sind in Höhe von 121 000 Mark vorgesehen.

Vom Reichsbahnrat

Berlin, 20. Juli. Der Reichsbahnrat hat der Ermäßigung verschiedener Gütertarife zugestimmt, die für die nächste Zeit geplant ist. Die dadurch der Reichsbahn entstehenden Einnahmeausfälle werden auf 75 Millionen Mark jährlich berechnet. In der Aussprache ergab sich, daß weitere Erleichterungen, namentlich bei der Beförderung von Rohstoffen, gewährt werden müssen. In einer Entschließung wurde der Reichsverkehrsminister ersucht, die organische Neuordnung der Gütertarife weiter zu treiben und insbesondere die Frage einer durchgehenden Ermäßigung der Abfertigungsgebühren auf nahe und mittlere Entfernungen im Ständigen Ausschuss des Reichsbahnrats zur Erörterung zu stellen.

Die belgische Antwort

Brüssel, 20. Juli. Die belgische Regierung hat auf die deutsche Note geantwortet, die Quellen, die der Kriegsminister Brocqueville benützt habe, seien sicher und sorgfältig geprüft worden. Die belgische Regierung müsse also die angegebene Zahl der vorzeitigen Entlassungen aus der Reichswehr ausreicht erhalten. Der Kriegsminister habe übrigens seine Behauptungen schon am 15. Februar 1927 erstmals aufgestellt, ohne daß die deutsche Reichsregierung widersprochen hätte. Es genüge festzustellen, daß die deutschen Heeresausgaben außer jedem Verhältnis zu der Stärke von 100 000 Mann stehen.

Wenn das Auswärtige Amt Berlin im Februar verkümmert hat, die belgischen Behauptungen zurückzuweisen, so ist das noch kein Beweis für deren Richtigkeit. Die belgische Rührerei dürfte indessen von Paris aus angefacht sein. Poincaré hielt sich ja doch kürzlich in Brüssel auf. Die ganze Wache ist überhaupt vorwiegend in französischem Interesse gelegen, weil Poincaré Gründe braucht, um die Räumung des Rheinlands weiter zu verschleppen.

Geringe Aussichten für die Konferenz von Langer

London, 20. Juli. Der Führer, der von London aus vor einigen Tagen in der Frage von Langer ausgestreckt wurde, um die Stimmung der französischen Regierung über die Einberufung einer Viermächtekonferenz zu erkundigen, ist wieder eingezogen worden, nachdem festgestellt worden ist, daß die Aussichten für die Abhaltung einer Konferenz von Langer nicht groß sind. Man hofft, daß Mussolini die Sache jetzt treiben werde. Inzwischen, so betont die halbamtliche Presse, werden die unbefriedigenden Verhältnisse in Langer fortbestehen.

Die belgische Denkschrift

Berlin, 20. Juli. Die belgische Denkschrift auf die deutsche Note ist heute nacht eingegangen. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, wird die Reichsregierung darauf eine Erwiderung erteilen. Es stehe zu hoffen, daß der Streit damit beendet sein werde.

Der König von Rumänien †

Bukarest, 20. Juli. König Ferdinand von Rumänien ist heute nacht 2½ Uhr gestorben. Der Zustand des seit langer Zeit leidenden Königs hatte sich in den letzten Tagen zunehmend verschlimmert. Gegen Mitternacht erhielt er die Sterbesakramente. Am Sterbelager befanden sich die Königin Maria von Rumänien und deren Kinder, die ehemalige Königin von Griechenland Elisabeth mit ihrem Gemahl Georg II. von Griechenland, Königin Maria von Südschweden, Prinz Nikolaus, Prinzessin Ileana und der Thronfolger und Enkelsohn des verstorbenen Königs, Prinz Michael (Sohn des Kronprinzen Karol). Da die Ehe des Vorgängers Karol von Rumänien kinderlos war, wurde sein Neffe Prinz Ferdinand von Hohenzollern-Sigmaringen im März 1889 zum Thronfolger ernannt. Er bestieg nach dem Tod König Karls am 14. Oktober 1914 den Thron von Rumänien. Sein ältester Sohn Karol mußte bekanntlich infolge seines Streites mit seiner Mutter und Bratianu und dessen Partei auf die Thronfolge verzichten. Im Lande ist Ruhe.

In Vertretung des Reichspräsidenten hat der Stellvertreter des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten, Dr. Döble, in der rumänischen Gesandtschaft in Berlin das Beileid zum Ableben des Königs ausgesprochen. Namens des Reichskanzlers sprach Staatssekretär Pänder bei der Gesandtschaft vor. Die Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes werden auf 3 Tage halbmaß flaggen.

Württemberg

Stuttgart, 19. Juli. Falsche Zweimarkstücke im Umlauf. In letzter Zeit wurden in Baden und Württemberg hauptsächlich in Karlsruhe, Baden-Baden und Offenburg, falsche Zweimarkstücke in Umlauf gebracht, die durch Zink, Zinn, Blei und Kupfer, hergestellt sind. Sie tragen das Württembergische A und die Jahreszahl 1925 und 1926. Die Falschstücke sind nicht besonders gut gegossen und haben ein rötlich-weißes Aussehen. Die Handhabung ist zum Teil mitgefallen und zum Teil nachgefallen.

Tarifserhöhung bei der Straßenbahn. Auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung des Stuttgarter Gemeinderats steht u. a. ein Antrag auf Erhöhung des Straßenbahntarifs. Die Straßenbahn will den Zehnpendeltarif für die kürzeste Strecke abschaffen und als niedrigen Tarif 15 Pf.

erheben, außerdem höhere Sätze für größere Entfernungen einführen. Dieser Antrag dürfte im Gemeinderat wenig Gegenliebe finden.

Kommunistenprozess. Reichsanwalt Neumann verhielt sich gegen die von der Verteidigung zahlreich gestellten Beweisanträge, die nochmals viele Zeugenvernehmungen notwendig machen würden, ablehnend. Die Befahren, die durch den Rechtsputsch gedroht haben sollen, spielen für den Prozessstoff keine Rolle. Es könne jedoch als richtig unterstellt werden, daß die Angeklagten an die Befahren eines solchen Putches glaubten.

Meineid. Das Schwurgericht hat den Betriebsleiter Riedel in Ludwigsburg wegen Meineids in einer Ehescheidungsache zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Mörder Schüller. Vor dem Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen den 1884 in Reilheim (Bay.) geborenen Schlosser Schüller wegen Mords. Schüller hat in der Nacht des 27. September v. J. das Dienstmädchen Berta Lohmann durch etwa 10 Beiliebe getötet. Er wurde erst nach langer Zeit und durch Zufall als Mörder ermittelt. An dem Wording (Volksfest) hatte er etwa 25 Liter Bier getrunken, ohne jedoch betrunken zu sein. Das Geld hatte er sich durch einige Diebstähle verschafft. Der Ermordeten raubte er 1.60 Mark. Schüller wird als Arbeiter ein gutes Zeugnis ausgestellt, auch im Feld hat er sich gut gehalten. Er ist ein Vetter des bayerischen Raubmörders Kneifel, dessen Vater ein Bruder des Großvaters Schüllers war.

Abgelehnte Arbeitsruhe. Die Kommunistische Partei hatte die Sozialdemokratische Partei, den Sozialdemokratischen Verein Groß-Stuttgart und den Ortsausschuß Stuttgart des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds aufgefordert, einen Aufruf zu erlassen, in dem zur Arbeitsruhe am Mittwoch nachmittags von 2.00 bis 2.15 Uhr zum Zeichen des Gedächtnisses der Wiener Arbeiter, die in den Kämpfen der letzten Woche gefallen sind und heute beerdigt werden, aufgefordert. Sie hat von allen diesen Organisationen ablehnende Antworten erhalten.

Stuttgart, 20. Juli. Vom Kompetenzgerichtshof. Das Staatsministerium hat den Oberlandesgerichtsrat Probst zum ordentlichen Mitglied und den Oberlandesgerichtsrat Pfeiffer zum stellvertretenden Mitglied des Kompetenzgerichtshofs je für die Dauer ihres Hauptamtes ernannt.

Vom Tage. In der Talstraße wurde ein 4 Jahre altes Mädchen von einem Lastkraftwagen überfahren und schwer verletzt. Es wurde nach der Olga-Heilanstalt verbracht, wo es anderen Tags verstarb.

Aus dem Lande

en. Stammheim, 20. Juli. Hundertjahrfest. Die Jahrhundertfeier der Kinderrettungsanstalt Stammheim, an der 2-3000 Festgäste teilnahmen, gestaltete sich zu einem schönen christlichen Volksfest. In dem großen Saal, das der Anstaltsleiter Inspektor Gugeler von der Missionleitung in Liebenthal erbaut hatte, kühlten sich die Teilnehmer bei dem strömenden Regen wohl geborgen. Die Festpredigt am Sonntag vormittag hielt Inspektor Pfarrer Kempf von der Landesvereinigung für Innere Mission. Bei der Festversammlung am Nachmittag kam in zahlreichen Begrüßungsansprachen die Bedeutung der 100-jährigen Anstaltsarbeit zu lebendigem Ausdruck. Als Vertreter des Staatspräsidenten würdigte Oberreg.-Rat Dr. Beißwanger den hohen Wert der hier geleisteten Erziehungsarbeit für den Staat; die Segenswünsche der Landeskirche überbrachte Kirchenpräsident D. Dr. v. Merz; den Evangelium überbrachte Oberreg.-Rat Knapp, das Ministerium des Innern und die Zentralleitung für Wohltätigkeit Reg.-Rat Loebl, den Landesverband für Jugendfürsorge Oberreg.-Rat Hausmann und die Landesvereinigung der Innere Mission Inspektor Pfarrer Kempf. Weiter sprachen Vertreter der Bezirksverwaltung, der Stadt Calw, der bürgerlichen und kirchlichen Gemeinde u. a. Ergreifend war das Dankeswort eines 74-jährigen früheren Anstaltsbegrüßungs. In dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Nun danket alle Gott“ klang die Feier aus.

Sindelfingen, 20. Juli. Beide Fäße abgeschlagen. Dem hier wohnhaften 29-jährigen E. Luffert wurden beim Abladen einer 50 Zentner schweren Last im Leichtfluggeländebau Klemm beide Beine abgedrückt.

Blodingen, 20. Juli. Giftschlangen. Vergangenen Sonntag wurde in einem Garten zu Oberblodingen eine ziemlich ausgewachsene Kreuzotter entdeckt und erschlagen. Außer dem bekannten schwarzbraunen Zickzackband besaß sie eine auffallend helle Färbung.

Friedenhausen, 20. Juli. Ver schwunden. Lehten Freitag warfe eine große Anzahl Leute auf die Versteigerung eines gepanzerten Autos, die tags zuvor durch die Ortschelle bekannt gemacht wurde. Vergebens. — Der frühere Inhaber hatte es vorgezogen, mit seiner Gattin auf dem eingezogenen Fahrzeug das Weite zu suchen — und ist einstellweilen spurlos verschwunden.

Neulingen, 20. Juli. Dekanatswechsel. Der Dekanatswechsel in Neulingen soll noch in diesem Monat erfolgen. Der bisherige Dekan Th. Wurm wird nächsten Sonntag seine Abschiedspredigt halten und in der folgenden Woche als Prälat nach Heilbronn übersiedeln. Der neue Dekan Stadtpfarrer Emanuel Fritsch von Ulm wird dann Anfangs nächsten Monats sein Amt in Neulingen antreten.

Tübingen, 20. Juli. Trichinenfund. Am 12. ds. Mts., am zweiten Tag nach Einführung der Trichinenschau, wurden im hiesigen Schlachthaus von Stadttierarzt Dr. Weitzel bei einem württembergischen Schwein aus dem Oberamt Saulgau Trichinen festgestellt. Die'r Fund widerlegte die Anschauung, daß württemberg. Schweine keine Trichinen hätten. Der Fund wurde von Oberamts-tierarzt Dr. Omelin bestätigt. Die Untersuchung ergab, daß es sich um eine ganz frisch eingewanderte Trichine handelte.

Grober Unfug. Nacht wurde in ein Schlafzimmer in einem Haus der Mathildenstraße ein großer Stein geworfen, der beinahe die Schlafenden getroffen hätte. Der Stein zerstückelte nicht nur das Fenster, sondern schlug auch ein großes Loch in die Wand.

Freudenstadt, 20. Juli. Schwere Autounfall. Auf der Straße Obereichenbogen-Lohburg stürzte das einem Solinger Fabrikanten gehörige mit fünf Personen besetzte Auto bei Nehmen einer scharfen Kurve den steilen Abhang hinunter, überschlug sich mehrmals und blieb in der Rinne liegen. Die Insassen wurden zum Teil schwer verletzt. Unter ihnen befindet sich Ernst Lutz, Hotelbesitzer der „Waldbühl“. Die Verletzten wurden ins Bezirkskrankenhaus überführt.

Tailfingen, 20. Juli. Einbruch e. In der Nacht auf Sonntag wurde in dem auf Truchtesinger Markung liegenden Büro der Kunstfabrik Amann ein Einbruchver such gemacht in der folgenden Nacht wurde im Büro des Titolfabrikanten Buchhold ein Einbruch verübt. Vermutlich dieselbe Person versuchte in der gleichen Nacht auch in die Diensträume des Bahnhofs Truchtesingen einzudringen, wurde aber bei der Arbeit gestört. Der Einbrecher hat es anscheinend nur auf Bargeld abgesehen.

Sindelfingen, 20. Juli. Schlägerei. Nachts entstand am Rathausplatz eine Schlägerei, wobei ein auswärtiger Mann schwer verletzt wurde, so daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

Rutesheim 20. Juli. Todesfall. In Stuttgart ist Schultheiß Renner von Rutesheim nach längerer Krankheit gestorben. Mit ihm verliert die Gemeinde Rutesheim ihren langjährigen tüchtigen Ortsvorsteher, der einer der Ältesten im Bezirk war.

Flein 20. Juli. Vier Finger abgesägt. Die Tochter des Landwirts Paul Münzing kam beim Holzsägen der Kreissäge zu nahe. Es wurden ihr an der linken Hand vier Finger vollständig abgesägt.

Altensteig, 20. Juli. Todesfall. Der verdiente ehemalige Stadtvorstand, Stadtschultheiß Welter, ist gestern im Alter von 69 Jahren verschieden. Im Jahre 1924 konnte er auf eine 40jährige erfolgreiche Tätigkeits zurückblicken. Auf 1. August 1926 wurde er seinem Ansehen gemäß in den bleibenden Ruhestand versetzt.

Eybach, 20. Juli. Weisingen, 20. Juli. Von einer Schlange gebissen. Eine ältere Frau wurde beim Aufnehmen eines Heuschobers von einer Schlange gebissen. Die Wunde verursachte zwar eine größere Geschwulst, doch konnte durch sofortige Gegenmaßnahmen eine weitergehende Vergiftung verhindert werden. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Kreuzotter, die sonst in unserer Gegend nicht sehr häufig zu treffen ist.

Niedlingen, 20. Juli. Wieder gefunden. Wagemesser Bnd. der seit Sonntag vermißt war, wurde in Erlingen bei Verwandten aufgefunden.

Sigmaringen, 20. Juli. Auszeichnung. Der Preussische Landeskriegerverband hat dem Fürsten Wilhelm von Hohenzollern als dem hochherzigen Förderer des hohenzollerischen Kriegervereins das Kriegervereins Ehrenkreuz 1. Klasse verliehen.

Crailsheim, 20. Juli. Tödlicher Sturz. Der 14 J. a. Lateinschüler Alois Hermann wollte vom Fenster aus einen auf ein zur Zeit am Haus befindliches Gerüst gefallenen Schlüssel holen. Dabei gab ein Brett nach und der Knabe stürzte einige Meter tief so unglücklich auf einen Stein, daß er nach einigen Stunden verstarb.

Ulm, 20. Juli. Abhängig. Vor einigen Tagen hat sich ein hiesiger Geschäftsmann aus seiner Wohnung entfernt und ist nicht mehr zurückgekehrt. Da er schon seit einiger Zeit wegen seiner Nerven in ärztlicher Behandlung war, sind seine Angehörigen in begreiflicher Sorge.

Im benachbarten Mähringen hat die Bäuerin Frank ihre Schwiegermutter erhängt, um die alte Frau aus dem Leben und ihrer Häuslichkeit zu schaffen. Um einen natürlichen Tod vorzutäuschen, schnitt sie den Strick ab und legte die Erhängte in ihr Bett. Die Täterin wurde festgenommen.

Langenau 20. Juli. Wasserversorgung. — Gemeindeumlage. Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung von einem Schreiben des Innenministeriums Kenntnis, das sich, einer Anregung des Stadtschultheißenamts entsprechend, bereit erklärt, die Schadenerlastung betreffs der Wiesen im Moos durch gütliche Vereinbarung zu regeln. Dem Innenministerium sollen im Herbst Vorschläge seitens der Stadtgemeinde übermittelt werden. Der für das Jahr 1927 vorgelegte Gemeindehaushaltsplan wurde genehmigt. Es wurde beschlossen, eine Gemeindeumlage von 19 v. H. zu erheben, obwohl der Gemeindebedarf trotz äußerster Einschränkung eine Umlage von 21 v. H. verlangt.

Dachsenhausen, 20. Juli. Tödlich verunglückt. — Gewitterschaden. In Ehrensberg ist Landwirt Zell sen. gestern vormittag in der Riesgrube tödlich verunglückt. — In den benachbarten Orten Goppertshofen, Walsburg, Eichen und Laubach richtete das Unwetter am letzten Samstag schweren Schaden an den Feldfrüchten an, strichweise bis zu 100 Prozent.

Saulgau, 20. Juli. Nicht genehmigte Kraftfahrline. Das Innenministerium hat die private Kraftfahrline Saulgau—Wilhelmsdorf, die über Eichen, Wollstein, Heratskirch, Hüttenreute, Hofkirch—Königssegwald und Niedhausen führen sollte, wegen der Weigerung von zwei im Zug dieser Linie gelegenen Gemeinden, die zur Sicherheit des Verkehrs erforderlichen Ausweichstellen anzulegen, nicht genehmigt.

Von der bayerischen Grenze, 20. Juli. Erstickten. Der 25 J. a. Arbeiter Wagner aus Memmingen verletzete der 23 J. a. Arbeiterin Josepha Dit in Bobingen einen tödlichen Stich in den Hals. Die Tat soll aus verärgelter Liebe ausgeführt worden sein. Wagner hatte das Mädchen schon einmal in Memmingen, wo es bedienstet war, durch Messerstiche verletzt und war damals zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Aus Bayern, 20. Juli. Kampf zwischen Feuerwehren. Durch einen Brand wurde in Ulhofen bei Friesheim ein dreistöckiges Wohnhaus, eine große Stallung und eine Scheune zerstört. Während das Vieh gerettet werden konnte, verbrannten die Futtermittel und das Mobiliar fast vollständig. Bei den Löscharbeiten kam es zu einem bedauerlichen Vorfall. Die Regensburger Berufsfeuerwehr wurde durch Landfeuerwehren an der Löscharbeit gehindert. Man spritzte sogar auf die Regensburger Motorspritze anstatt auf den Brandherd.

Das Baujahr 1926

Aus dem Geschäftsbericht der Württ. Wohnungskreditanstalt Stuttgart über das Rechnungsjahr 1926 (1. April 1926 bis 31. März 1927) ist hervorzuheben: Das Baujahr 1926 ist das bisher günstigste der Nachkriegszeit gewesen. Zwar ist im allgemeinen gegenüber dem Jahr 1925 die Bautätigkeit zurückgegangen, aber ausschließlich auf Kosten des gewerblichen Bauens; der Wohnungsbau selbst hat erheblich zugenommen. Für das Jahr 1926 kann der reine Zugang an Wohnungen im Reich auf etwa 210 000 angenommen werden gegenüber 160 000 im Jahr 1924 und 180 000 im Jahr 1925. In den ärmeren Städten ist sogar

eine Zunahme der Neubauten in Höhe von 50 v. H. gegenüber dem Jahr 1925 zu verzeichnen. Die Wohnungskreditanstalt hat Darlehensbescheide auf Rechnung des Jahres 1924 gegeben für 4736 Wohnungen in Höhe von 13,35 Millionen Reichsmark, auf Rechnung des Jahres 1925 für 6439 Wohnungen in Höhe von 22,01 Millionen Reichsmark und auf Rechnung des Jahres 1926 für 8955 Wohnungen in Höhe von 38,56 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Durchschnitt der beiden Vorjahre (5587 Wohnungen und 17,68 Millionen Reichsmark Darlehen) ist also für einen um 60 v. H. umfangreicheren Wohnungsbau eine um fast 120 v. H. größere Summe hingegeben worden. Im Durchschnitt des Reichs waren in Württemberg etwa 7500 Wohnungen zu beliehen gewesen; es wird also der Reichsdurchschnitt um 20 v. H. übertroffen, obwohl die anderen Länder an Gebäubebausteuer beträchtlich mehr zur Verfügung haben.

Erfreulich ist, daß im Berichtsjahr zum erstenmal, wenn auch noch in geringem Umfang, Wohnungsbauten durch das Baugewerbe erstellt worden sind; es handelt sich hierbei zum kleineren Teil um Mietshäuser mit 2 oder 3, ab und zu auch mit 4-6 Wohnungen, in der Hauptsache aber um Einfamilienhäuser mit 4-5 Zimmern, für die aus den Kreisen des teilweise wieder etwas gekraftigteren Mittelstandes da und dort Käufer zu finden waren. Es hat sich dabei immerhin gezeigt, daß für die Häuser, sobald der Erstellungspreis einen gewissen Rahmen überschritt (über 30 000 bis 35 000 RM. in Stuttgart und über 20 000 bis 25 000 RM. in den übrigen in Betracht kommenden Städten) nur schwer Käufer oder Mieter zu finden waren. Erst gegen Ende des Berichtsjahrs hat einerseits die neu eingetretene Steigerung der Baupreise und andererseits das Höhergehen der Mieten in den Altwohnungen eine gewisse Erleichterung gebracht. Trotz der Belebung des Wohnungsbauwesens — eben wegen des Ausfalls der gewerblichen und landwirtschaftlichen Bautätigkeit — das ganze Jahr 1926 über eine erhebliche Arbeitslosigkeit auch im Baugewerbe. Sie belief sich im Reichsdurchschnitt im Januar 1926 auf rund 50 v. H., der im Baugewerbe Beschäftigten und senkte sich im Lauf des Jahres und der Sommermonate langsam auf etwa 17 v. H., um am Ende des Jahres wieder auf etwa 38 v. H. zu steigen. In Württemberg selbst zeigte die Belebung einen ähnlichen Verlauf; im Januar 1926 waren an arbeitssuchenden Facharbeitern rund 4600 vorhanden, eine Zahl, die in den Monaten Mai bis September auf rund 1400-1250 herunterging, um im Dezember 1926 wieder auf rund 4860 zu steigen; diese Ziffer ging dann erst im Monat März 1927 nach vorübergehender weiterer Steigerung im Januar von 6650 auf 2380 zurück.

Die Bauausführungspreise waren vielfach unter dem Druck scharfen Wettbewerbs günstig. Nebenbei lagen die Verhältnisse auf dem Baustoffmarkt. Preis-erhöhungen bei den Baustoffen kamen im allgemeinen nicht vor. Die Baustofflieferer konnten das ganze Jahr über nur mit Mühe ihre Waren unterbringen. Insbesondere beim Holz, das im Jahr 1925 einen verhältnismäßig günstigen und im großen ganzen gleichmäßigen Markt gehabt hatte, zeigte sich vom Dezember 1925 ab sowohl am Rundholz wie am Schnittholzmarkt (Bauholz und Schnittware) bis in den beginnenden Herbst hinein ein starker Rückgang der Preise, die zeitweise wenig mehr als 125 bis 130 v. H. der Vorkriegspreise betragen. Dies war auch die Ursache, daß sich sowohl der Baustoffmangel als auch der Bauindex selbst im Verlauf der ersten Hälfte des Jahres um 8-10 v. H. absenken konnte. Letzterer stand im Reichsdurchschnitt Januar 1926 auf zirka 165 v. H., im Juli 1926 auf 155-157 v. H. des Vorkriegswerts. Leider ging dieser Vorteil im Lauf der letzten Monate des Jahres 1926, insbesondere beeinflusst durch ein plötzlich einsetzendes, starkes Ansteigen der Holzpreise fast völlig verloren, so daß sowohl die Baupreise als auch die Baustoffpreise schon gegen Ende des Jahres 1926 wieder die gleiche Höhe erreicht hatten wie zu Anfang des Jahres und bedauerlicherweise eine weitere steigende Tendenz zeigten.

Als neue Geldquelle für erstklassigen Hypothekarkredit nahm die Zweigniederlassung Stuttgart der Deutschen Wohnstätten-Hypothekenbank A.G. am 1. 7. 26 ihre Belebungsstätigkeit auf. Sie konnte bis 31. 3. 27 für 435 000 Reichsmark erste Hypotheken aus ihren eigenen Mitteln und 941 000 RM. aus Reichskreditmitteln, die später vor ihr abzulösen sind, zulassen. Durch die Darlehensgewährung der Wohnungskreditanstalt wurde i. J. 1926 ein immerhin beachtenswerter Erfolg der Bekämpfung der Wohnungsnot erzielt, und wenn auch nur teilweise in den größeren Städten, doch spürbar in den kleineren Gemeinden ein Rückgang der Wohnungsuchenden und vielfach eine völlige Beseitigung der Wohnungsnot erreicht. Nach den der Wohnungskreditanstalt zur Verfügung stehenden Unterlagen waren in Württemberg am 1. 7. 26 von 1887 Gemeinden 318 Wohnungsmangelgemeinden (d. h. Gemeinden, in denen die Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes Geltung haben) mit einer Bevölkerungszahl von 1 460 468 Einwohnern (gleich 60 v. H. der Gesamtbevölkerung), in denen 18 913 Wohnungsuchende vermerkt waren. Am 31. 3. 27 waren es nur noch 188 Wohnungsmangelgemeinden mit einer Bevölkerungszahl von 1 268 334 Einwohnern (gleich 47,25 v. H. der Gesamtbevölkerung).

Baden

Karlsruhe, 20. Juli. Die drei Regierungsparteien haben im Landtag die Erlassung eines Gesetzes über die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung badischer Minister in Form eines Inkraftgesetzes beantragt. Dieser Gesetzesentwurf steht in seinem Artikel 1 vor, daß die am 1. Juli 1927 im Amte gewesenen Minister, die bei der Berufung zum Ministeramt nicht als badische Staatsbeamte planmäßig angestellt waren, beim Rücktritt von ihrem Amte Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung haben. Das Ruhegehalt wird aus der Gruppe B II der Besoldungsordnung berechnet; es beträgt mindestens 40 v. H. des Ruhegehaltsfähigen Dienstinkommens.

Karlsruhe, 20. Juli. Aus unbekanntem Gründen vergiftete sich eine hier wohnhafte Ingenieurfrau.

Pforzheim, 20. Juli. Gestern wollte Malermeister Seitz von Pforzheim mit seiner Frau auf dem Motorrad in die Wirtschaft zur „Bergschmiede“ im Holzachtal, zwischen Langenau und Marzell, einfahren. Im gleichen Augenblick fuhr ein Auto heraus und warf die Benannten vom Rad. Seitz erlitt einen Beinbruch, seine Frau eine Fleischwunde am Arm. Beide kamen ins Krankenhaus nach Pforzheim.

Tauberscheidtsheim, 20. Juli. Der Militärpfarrer und berühmte Kanzelredner, Domkapitular und Prälat Dr. Hammer erlitt am Sonntag vormittag in seiner Woh-

nung einen Schlaganfall, an dessen Folgen er alsbald verstarb.

Singen, 20. Juli. Die Singener Gemeinde stiftete der neuerbauten Kirche in Lobinow-Schönau 1400 Mark und der Gustav-Adolf-Verein Konstanz für eine noch auszuwählende notleidende Gemeinde 750 Mark.

Todman, 20. Juli. Den 70jährigen August Zimmermann, der seit einigen Tagen vermisst wurde, fand man am Samstag im Wasde tot auf. Man vermutet, daß ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende gemacht hat.

Staufen, 20. Juli. Am 14. und 15. August d. J. findet hier das 100jährige Jubiläum der Metzger- und Schuhmacherzünfte statt. Auch sind es 500 Jahre her, seit der große Meister Sirtz hier gelebt und seine wunderbaren Werke geschaffen hat.

Freiburg, 20. Juli. Das große Sanatorium „Reblaus“ wurde vom Caritasverband Freiburg erworben.

Iflein, 20. Juli. Freiburger Fallschirmspringer unternahmen am Sonntag mit 14 Booten eine Fahrt über die bekannte Steiner Schwelle. Bis auf ein Boot, das im hohen Wellengang kenterte, aber glücklicherweise geborgen wurde, passierten alle Boote 1 bis 3 Mal die Strudel. Auch konnten die Strudel erfolgreich von den Fahrern durchschwommen werden, wobei Wellenberge bis zu 3 Meter überwunden werden mußten. Eine Filmgesellschaft hat die Fahrt vom Start an aufgenommen.

Sotales.

Wildbad, den 21. Juli 1927.

Landestheater. Heute abend 8 Uhr gelangt das entzückende Noko-Lustspiel „Seimliche Brautfahrt“ von Leo Lenz, mit Edith Robbers und Arnold Buh in den Hauptrollen, zur Aufführung. — Freitag abend 8 Uhr gelangt der Operetten-Welterfolg „Die Zirkusprinzessin“ von Emmerich Kalman, dem Komponisten von „Gräfin Mariza“, in der vollständigen Neuausstattung zum 7. Mal zur Aufführung. Die „Zirkusprinzessin“ ist der sensationellste Operettenerfolg der letzten Zeit; sie hat in Wien das Jubiläum der 400. Aufführung hinter sich, geht in Berlin am Metropoltheater der 300. Aufführung entgegen und hat an allen großen Bühnen eine Aufführungsziffer von seltener Höhe und eine beispiellos begeisterte Aufnahme beim Publikum gefunden. Die Aufführung geht in vollständig neuer Ausstattung in Szene. Die Hauptpartien sind besetzt mit den Damen: Luber, Mabel, Friedrich; Herren: Bauer, Graf, Rüder, Scharnagl. — Samstag abend 8 Uhr folgt die amüsante Neuheit „Galante Nacht“. — Sonntag nachmittag 3 Uhr findet die erste Kindervorstellung statt und wird das große Ausstattungsmärchen „Aschenbrödel“ mit Gesang, Ballett und Kindertänzen hier erstmals aufgeführt. Das reizende Kindermärchen ist vollständig neu ausgestattet und die Eintrittspreise so niedrig gehalten, daß allen Kindern die Gelegenheit geboten ist, die Vorstellung zu besuchen. — Der Vorverkauf hat begonnen und sind Plätze von 30 s bis 2.4 an der Theaterkasse erhältlich. Gönnet Euren Kleinen diese unschuldige Freude!

Sommer-Künstlerfest. Am Samstag, den 23. Juli, findet in den gesamten Räumen des Kurhauses ein Sommer-Künstlerfest statt, das überaus interessant zu werden verspricht. Es wird von den Künstlern des hiesigen Landestheaters veranstaltet. Das Programm des „Bunten Abends“, der im „Zeichen des Humors durch 3 Zeitalter“, Roccoco, Biebermeier und Moderne, gedacht ist, bringt eine reiche Fülle Wiener Vieder, Duette, Vorträge, russische, spanische und mondaine Tänze, Tanzpantomimen, Couplets und Chansons. Es ist für die reichste Abwechslung geforgt. Außer dem bekannten mondainen Tanzpaar Gretel und Rolf Singer ist es gelungen, die Prima-Ballerina Ruth Schwarzlopf und Herrn Balletmeister Ferry Dworak vom städt. Opernhaus Chemnitz zu gewinnen. Neben dem gesamten Kurorchester wirken noch die Jazz-Kapelle Miller und das Wildbader Schrammel-Quartett mit. Nach dem „Bunten Abend“ Ball mit Polizeistundenverlängerung.

Filmvortrag „Das tausendjährige Leipzig“, von Prof. Dr. Lange. Dieser Film ist ein Kulturwerk ersten Ranges. Herr Dr. Lange hat sich keine leichte Aufgabe gestellt, das Werden und Wachsen einer Großstadt in einem Vortrag zu vereinen. Und darum war es eine Fülle von Bildern, die zu besprechen gar nicht möglich ist. Wir sehen die Ursprünge der Stadt dort in der sächsischen Ebene am Rande von Flüssen, Sümpfen und Mooren, wie es eine deutsche Stadt wurde zur Zeit Maximilians, wie es seine Blütezeit hatte, wie so viele andere deutsche Städte, wie es am Gang der Geschichte teilnahm im Lauf des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, wie Leipzig heute ein Mittelpunkt des politischen, geistigen und kulturellen Deutschlands geworden ist. Hochinteressant waren die Berichte über die Größe, das Bestium und die Bedeutung der Universität Leipzig. Wenn wir weiter die Bilder der Ebene von Leipzig sehen, dann begreifen wir, welche Bedeutung sie in der Geschichte der großen Schlachten hat. Wir sehen einen Gustav Adolf, einen Napoleon, einen Körner naturgetreu im Film. Unvergessen sind die Bilder des jugendlichen Luther bei der Disputation mit dem schlawen Dr. Ed. Ein schöner Göthe zeigt sich uns bei seinem Aufenthalt in Leipzig, wo er die Stunden mit seiner unvergesslichen Annette verlebte. Wir bewundern das moderne Leipzig, wie es unter der Führung großer Baumeister täglich sein Angesicht ändert, um sich den Forderungen der Zeit anzupassen. Sogar eine Untergrundmehsehalle hat es sich zugelegt. Ueberhaupt dies Messeleben! Jetzt erst begreift man, wie es gekommen ist, daß Leipzig sich diese zentrale Lage im internationalen Handelsverkehr erhalten hat. — So war es eine überwältigende Fülle von Bildern, die da an unserm Auge (leider nur zu rasch!) vorüberzog. Dr. Lange, ein richtiger Sachse, hat es als lebhafter Redner verstanden, uns die Fülle von Stoff mit Wit und Humor, ja fast wie in der Unterhaltung, beizubringen. Eine ganz bedeutende Leistung, wie sie nur ein ganz heller Sachse vollbringen kann. Der Vortrag ist es wert, daß er an allen Schulen Deutschlands gehalten wird, als lebendiger Zeuge von der Entwicklung nicht bloß Leipzigs, sondern einer Großstadt überhaupt. X.

Der Milchverbrauch ist in den einzelnen deutschen Städten ganz verschieden. Während zum Beispiel in amerikanischen Städten täglich $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Liter Milch und mehr pro Kopf der Bevölkerung getrunken wird, trinkt man in Deutschland im Durchschnitt nur $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Liter. Dabei ist Milch eines der billigsten und gehaltreichsten Nahrungsmittel. Die Gesamtmenge der in Deutschland erzeugten Milch ist bei Annahme eines Durchschnittsjahresmilchvertrags pro Kuh von 1800 Litern auf 18 Milliarden Liter zu schätzen, deren Wert auf 3,6 Milliarden Mark veranschlagt wird. (Der Wert der deutschen Kohlen- und Roheisenproduktion beläuft sich zusammen auf 3,3 Milliarden Mark.) Von den größeren Städten hat Ulm a. D. mit 0,43 Liter täglich auf den Kopf den größten Verbrauch. In Berlin werden nur 0,25 Liter verbraucht. Die weiße Farbe der Milch wird durch Fett hervorgerufen, das in Form von mikroskopisch kleinen Tröpfchen in der Milch verteilt ist. Diese Fettröpfchen wurden 1643 von Leeuwenhoek zuerst beobachtet. In einem Kubikmillimeter Kuhmilch sind je nach der Tierart 2-5 Millionen Fettröpfchen enthalten, während sich in einem Kubikmillimeter Frauenmilch nur 800 000 bis 1 000 000 Fettröpfchen befinden. Milch enthält stets gewisse Gase, die sich beim Kochen verlieren. Frauenmilch enthält im Durchschnitt 1,3 Kubikzentimeter Sauerstoff, 2,7 Kubikzentimeter Kohlenstoff und 3,5 Kubikzentimeter Stickstoff.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Taufe der Urenkelin Hindenburgs. Reichspräsident von Hindenburg ist in Begleitung seines Sohns auf dem Gut seines Schwiegersohns, des Rittergutsbesitzers Landrat a. D. von Brockhausen in Justin bei Wittstock (Pommern) eingetroffen, um der Taufe seiner Urenkelin anzuwohnen.

Richard Dehmels Mutter 95 Jahre alt. In Bad Flinsberg (Schlesien, Reg.-Bez. Liegnitz) beging die Mutter des 3. Februar 1920 verstorbenen Dichters und Kriegshelden Richard Dehmel, Frau Luise Dehmel, in geistiger und körperlicher Frische ihren 95. Geburtstag. Frau Dehmel lebt bei ihrem zweiten Sohn, dem Kaufmann Otto Dehmel. Sie ist am 18. Juli 1832 in Wingen geboren.

Die Goldene preußische Staatsmedaille wurde dem Altmeister der Berliner Maler, Prof. Max Liebermann, anlässlich seines 80. Geburtstags verliehen.

Vor Einigung des deutschen Schrifttums. Der Schuhrverband deutscher Schriftsteller hat dem Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten, dem Verband deutscher Erzähler und dem Kartell Irischer Autoren vorgeschlagen, sich zu einem Reichsverband des deutschen Schrifttums zusammenzuschließen.

LoKOMOTIVFÜHRER Aubele freigesprochen. In der Berufungsverhandlung gegen Lokomotivführer Aubele in München fällt das Gericht das Urteil auf Freisprechung von der Anklage der fahrlässigen Tötung und Transportgefährdung. Die Kosten der ersten und zweiten Instanz werden der Staatskasse aufgebürdet. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre 6 Monate Gefängnis beantragt. In der Begründung des Urteils wird gesagt: Es bestreht nach wie vor der Verdacht, daß Aubele das Haltesignal überfahren habe. Das Gericht ist aber zu der Ansicht gekommen, daß es auch möglich sei, daß eine vorübergehende Betriebsstörung bei den Signalanlagen vorgelegen habe und daß die Signalfügel dem Signalhebel nicht gefolgt haben. — Aubele hatte bekanntlich bei dem Zusammenstoß im Münchner Ostbahnhof am Pfingstmontag 1926 den Unglückszug geführt. 28 Ausflügler kamen ums Leben und 274 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Reichsbahn hatte neben dem großen Sachschaden Entschädigungen von nahezu zwei Millionen Mark zu zahlen. Das Schöffengericht hatte am 3. März 1927 Aubele zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Balkenbrand. Auf der Ausstellung „Das bayerische Handwerk“ geriet ein 400 Kubikmeter Gas fassender Fesselballon, der in Form einer 21 Meter langen Hand über der Ausstellung schwebte, aus unbekannter Ursache in Brand und stürzte ab.

Kirchenbrand. In Hemmerden bei Grevenbroich (Rheinpr.) ist die Kirche bis auf die Grundmauern und der Turm großenteils niedergebrannt. Da in Hemmerden zahlreiche Brände vorgekommen sind, vermutet man auch in diesem Fall Brandstiftung.

Selbstmord zweier Frauen. Aus dem zweiten Stockwerk des „Kaufhauses des Westens“ in der Tauentzienstraße in Berlin stürzten sich die Frau Otto und ihre 21jährige Tochter, eine Fahrkartenverkäuferin, durchs Fenster in den Hof. Die Mutter war sofort tot, die Tochter starb nach ihrer Verbringung ins Krankenhaus. Nach Zeitungsmeldungen habe die Tochter versucht, die Mutter von ihrem in Nervenzerüttung begangenen Schritt zurückzuhalten, sei aber nach erbitterten Kämpfen mitgerissen worden. Nach anderer Darstellung ist die Tochter freiwillig in den Tod gefolgt.

Bilderdiebstahl. Im Berliner Tiergarten ist von den angestellten Bildern eine wertvolle Zeichnung des bekannten Tiermalers Wilhelm Kuhnert „Wasserböde auf der Flucht“ gestohlen worden.

Verurteilung von Bankerottschwindlern. Das Berliner Schöffengericht verurteilte heute die Inhaber einer ehemaligen Schwindelfirma Calow u. Süßmann zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, bezw. zu 4 Monaten Gefängnis. Die deutsche Geschäftswelt hat durch die Betrügereien der Angeklagten einen Schaden von etwa 600 000 Mark erlitten.

Unterschlagung. Beim Bezirksamt Berlin-Charlottenburg wurde ein Stadiasstent wegen Unterschlagung von etwa 14 000 M. verhaftet.

Erdbeben in der Provinz Messina. In Tripi wurde nachts ein starkes Erdbeben verspürt, das sich noch einige Male wiederholte. Die Bevölkerung verbrachte die Nacht im Freien.

Großfeuer. Im Artilleriepark in Valladolid (Spanien) richtete ein großer Brand schweren Schaden an. Den Flammen fielen auch 10 000 Gewehre zum Opfer.

Der Rundfunk in Dienst der Elternvereine. Die Westdeutsche Rundfunk A. G. hat folgende Neuverierung eingeführt. In regelmäßigen Zeitabständen wird eine sog. „Elternstunde“ abgehalten, die darin besteht, daß sämtliche Elternvereine des Sendebereichs einen ihr Arbeitsgebiet behandelnden Rundfunkvortrag am Lautsprecher abhören und anschließend den Vortrag erörtern. Die gesammelten Ergebnisse des Meinungswechsels werden sodann in einem der nächsten Vorträge durch Fachleute behandelt.

